

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt

24. Sitzung
17. April 2013

Beginn: 11.07 Uhr
Schluss: 13.25 Uhr
Vorsitz: Dr. Manuel Heide (CDU)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 17/0788
**Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege von
Berlin (Berliner Naturschutzgesetz – NatSchG Bln)**

[0091](#)
StadtUm

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 3 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0095](#)
StadtUm
Stadtentwicklungsplan Wohnen – Vorstellung des Entwurfs
(auf Antrag aller Fraktionen)
- b) Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [0029](#)
StadtUm(f)
BauVerk*
Drucksache 17/0269
Stadtentwicklungsplan Wohnen – qualifiziert und sozial

Vertagt.

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Wir kommen nun zu

Punkt 4 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0094](#)
StadtUm
Wohnungsneubau neben oder gegen Natur- und Landschaftsschutz in Lichterfelde-Süd: Auswirkungen der Naturschutz- und Landschaftsentwicklungsstudie Schutzgebietskonzept Lichterfelde Süd auf das weitere Vorgehen bei der Entwicklung von Bauplanungsrecht, geplante Neubaupotenziale auf und am Rand der ehemaligen Parkrange, optimale Natur- und Landschaftspflege durch Beweidungsprojekt, Chance für Ausgleich von Nutzungsdefiziten in der Thermometersiedlung in der unmittelbaren Nachbarschaft
(auf Antrag der Fraktion Die Linke)

Dazu darf ich einmal Frau Markl-Vieto, die zuständige Bezirksstadträtin begrüßen, sie ist Leiterin der Abteilung Jugend, Gesundheit, Umwelt und Tiefbau im Bezirksamt. Dann wollte ich Herrn Stadtrat Schmidt begrüßen, aber er ist noch nicht da. Und ich bin von der Senatsverwaltung gebeten worden, Herrn Groth als Sprecher der Geschäftsführung der Groth Development GmbH & Co. KG einzuladen, um sachliche Fragen hier zu beantworten – es ist keine formale Anhörung. Ich darf auch Sie recht herzlich begrüßen. Möchten wir trotzdem ein Wortprotokoll führen, oder reicht es, ein normales Protokoll zu führen? – [Zurufe] – Wir möchten ein Wortprotokoll führen. – Besteht Einvernehmen, dass wir so verfahren? – Es gibt den Begründungswunsch der Fraktion Die Linke, wer von Ihnen möchte? – Frau Platta!

Marion Platta (LINKE): Es freut mich, dass wir das heute noch auf die Tagesordnung gebracht haben. Das beweist letztendlich, dass es auch der Koalition ein wichtiges Anliegen ist, mit diesem Standort ein bisschen intensiver die naturschutzfachlichen Aspekte zu erörtern, aber eben gleichzeitig auch auf den Standort als neues Wohnungsbaupotenzial näher einzugehen.

Als Fraktion haben wir die Geschichte Lichterfelde-Süd über Jahre inhaltlich begleitet. Wir haben uns mit dem Aktionsbündnis mehrmals getroffen und dort das eine oder andere Geschehen auch in der BVV positiv aufgenommen. Es ist gelungen, dass die dortige Zählgemeinschaft dem Bezirksamt aufgetragen hat, sich die Fläche aus naturschutzfachlicher Sicht näher darstellen zu lassen. Es ist also ein Gutachten erstellt worden, das uns durchaus auch auf Landesebene zeigt, dass wir da Potenziale haben, mehr in Sicherheit für Natur reinzugehen, aber gleichzeitig auch Potenziale haben, um Defizite aus der Thermometersiedlung, die sich in der Zwischenzeit als problematisch darstellen, auszugleichen.

Wir haben vorhin in der Debatte zum Naturschutzgesetz das Thema Naturerfahrungsräume aufgegriffen. Auch hier wurden von den Gutachtern Bereiche ausfindig gemacht, die genau diese Dinge auch darstellen könnten. Wir haben aber ebenso von den Gutachtern aufgegeben bekommen, dass wir uns um die FFH-Richtlinie Sorgen machen sollten. Die Vogelschutz-Richtlinie könnte auch Aspekte beinhalten, wo wir uns wirklich einmal darlegen lassen sollten, welche schützenswerten Bereiche dort über die bisher schon angedachten und auch von den Investoren zugesagten Bereichen möglich sind. Bisher haben wir eine Darstellung im Flächennutzungsplan, die gerade diese Sachen nicht berücksichtigt. Deshalb hatte sich der Beirat, über den wir vorhin schon debattiert haben, auch 2010 schon dazu geäußert, dass wir mal eine Änderung andenken sollen.

Wir haben jetzt das Gutachten, das uns eine Grundlage dazu gibt, aber wir haben auf der anderen Seite auch eine Vereinbarung zu einer Bebauung des Gebietes gerade jetzt erst frisch auf den Tisch bekommen – das ist aus dem April d. J. –, eine Absichtserklärung zwischen dem Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf und der Investorengruppe, die sehr wohl schon festschreiben möchte mit dieser Absichtserklärung, wie groß die Flächen sind, die möglicherweise naturnah sich sichern lassen, aber eben auch, wie viele Wohnungen dort gebaut werden, welche durchschnittliche Wohnfläche diese Wohnungen haben – wo sich auch wieder die Frage eröffnet: Sind das Wohnungen des sozialen Wohnungsbaus? –, aber eben auch insgesamt die Verpflichtung zur Errichtung von Kindertagesstätten, Schulen usw. beinhaltet. Also irgendwie passt das nicht ganz zusammen. Deshalb heute hier der Besprechungspunkt. Wir begrüßen es, dass einige Menschen da sind, die durch Unterschriften dafür auch Verantwortung tragen. Dass es nicht zu einer wirklichen Anhörung kommt, das bedauern wir. Denn nachdem der Besprechungspunkt diese Ausmaße angenommen hat, und klar war, dass zumindest Investoren und Bezirksamt hier anwesend sein werden, hatten wir eigentlich den Hinweis auch an das Büro gegeben, dass wir es schon auch für gut gefunden hätten, wenn von der anderen Seite, also wenn von den Gutachtern jemand da gewesen wäre oder eben auch von den Betroffenen vor Ort. Denn ein Aspekt ist hier völlig außen vor gelassen worden, nämlich die Frage: Was passiert eigentlich mit denjenigen, die gegenwärtig diese Fläche nutzen? Das Beweidungsprojekt, das sehr wohl dazu beigetragen hat, dass wir heute hier diese Biotope und Lebensräume für geschützte Arten vorfinden, wird sich sicherlich dann mit seiner Existenz auf der Fläche beschäftigen müssen. Und was wird mit den Gewerbebetrieben, die gegenwärtig dort ungefähr 200 Menschen auch Brot und Lohn geben?

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Das ist eigentlich eine bezirkliche Planung. Insofern würde ich Sie, Frau Markl-Vieto, erst einmal bitten, die Grundlagen etwas zu erläutern, weil sich nicht jeder in der Gegend so gut auskennt.

Bezirksstadträtin Christa Markl-Vieto (BA Steglitz-Zehlendorf): Sehr gern! – Sie haben es vorhin schon gesagt: Ich bin für den Bereich Jugend, Gesundheit, Umwelt und Tiefbau zuständig. Tiefbau spielt hier mal nicht ganz so eine große Rolle, aber Jugend, Gesundheit und vor allem Umwelt und Naturschutz sind natürlich sehr berührt. Insofern freue ich mich, dass ich hier Antwort geben kann. In einem Punkt muss ich leider vehement widersprechen: Dass das gar nicht vereinbar ist, trifft in diesem Fall einfach nicht zu. Wir haben sehr daran gearbeitet und, glaube ich, auch ein gutes Ergebnis. Ich will das jetzt auch noch mal im Einzelnen erklären.

Herr Schmidt hatte eigentlich zugesagt zu kommen, aber ich glaube, ich bin im Moment so weit im Thema drin, dass ich auch zu den städtebaulichen Fragestellungen das eine oder andere sagen kann, wenn es denn gewünscht wird. – In der Tat ist dort eine sehr wertvolle Gegend entstanden, ein sehr wertvolles Naturschutzgebiet, dessen Inhalte und Ausprägung unbedingt und auf jeden Fall gesichert und aber auch teilweise erlebbar für die Gegend dort gemacht werden müssen. Das ist ein wichtiger Punkt. Das Ganze ist entstanden durch die Beweidung. An der Stelle ist es richtig und wichtig, ich sage es immer mal wieder: Das ist entstanden durch die ganz, ganz große Initiative einer Gruppe, aber vor allem einer Frau, das ist Frau Loba, die das wirklich mit einer unsagbaren Konsequenz und einem Einsatz über 23 Jahre entstehen hat lassen. Uns ist vollkommen bewusst – ich glaube, auch dem Investor –, was wir da haben und was wir da entwickeln können. Insofern glaube ich, dass wir da eine gute Basis haben: Zum einen haben wir ein riesiges Naturschutzgebiet, aber wir haben auch die einmalige Chance an der Stelle, in Rändern etwas zu bebauen oder bebauen zu lassen, denn wir können es ja selbst nicht, was möglicherweise und wahrscheinlich und, wenn wir es gut machen, sicher dazu führen wird, dass es ein Entwicklungspotenzial geben wird für die Thermometersiedlung, und zwar ein positives. Sie haben es schon angerissen: In dieser Siedlung gibt es nicht nur inzwischen ein paar Probleme, sondern da gibt es richtig massive Probleme, und wir sind sehr froh, dass damit eine Chance in diese Gegend kommt, die so möglicherweise gar nicht gewesen wäre. Der Senat hat aber auch richtigerweise den Anspruch, dort sollen auch Wohnungen entstehen – und das sehen wir auch. Ich glaube, es ist wie ganz oft, nicht die Frage, ob oder ob nicht, sondern wovon, wie viel.

Ganz kurz zur Historie: Kurz nachdem wir erfahren haben, dass von der CA Immo das Gebiet verkauft worden ist und die Groth Gruppe das gekauft hat, haben wir ziemlich schnell dieses Gutachten machen lassen und nach Erhalt des Gutachtens auch sofort Kontakt mit dem Investor aufgenommen mit dem Ziel, die beiden Interessen zu sehen und auch einen Interessenausgleich an der Stelle stattfinden zu lassen, also nicht das Spiel des Stärkeren und des besser Vernetzten oder des Mächtigeren zu spielen, sondern an der Stelle zugunsten der Gegend, zugunsten der Natur, zugunsten der Thermometersiedlung eine Lösung zu finden, die beide Seiten sieht und beiden Seiten Rechnung trägt. Aus meiner Sicht haben wir dort eine erfolgreiche Strategie verfolgt. Auf der anderen Seite sage ich auch ganz deutlich: Ich möchte dort keinen Park und keine Parklandschaft, in die jeder rein kann, die letzten Endes dann irgendwann vielleicht auch zum Hundenauslaufgebiet verkommt, sondern wir möchten, dass dieses Gebiet sehr gut entwickelt wird und dass es sehr erhalten wird, damit das, was dort ganz Wertvolles entstanden ist, auch erlebbar bleibt für diejenigen, die in dieser Gegend wohnen. Deswegen die Randbebauung und ein großes, zusammenhängendes Stück; denn das ist das Geheimnis auch dieses Beweidungsprojektes. Wenn man da nur die einzelnen Inseln hätte, dann würde es nichts nutzen.

Ich will an der Stelle mal ganz kurz sagen – Sie haben ja eben sehr lange über Naturschutz gesprochen –: Wir haben Zoos, in die wir sehr viel Geld stecken. Wir haben Eisbären, wir haben alles Mögliche, was ganz toll, nett und lieb ist, aber für die weitere Entstehung auch unserer Beweidung, Erde, Ernährung usw. sind solche Sachen, wie sie dort vorkommen, Insekten, wo Sachen passieren, die man sonst nirgends sieht – ich denke schon, dass das deutschlandweit ein ziemlich einzigartiges Projekt ist. Wir haben auch vor, dort wissenschaftlich dieses alles zu bewegen. Also zu deutsch: Es besteht an keiner Stelle irgendein Zweifel über die Kostbarkeit dieses Bereiches. Allerdings bin ich schon der Meinung, wir haben mit diesem Investor, auch mit den Verabredungen, die wir bis hierher getroffen haben, dass wir die Ausgleichsmaßnahmen in eine dauerhafte Erhaltung und nicht nur in irgendwelche baulichen Maßnahmen stecken und dass die Ausgleichsmaßnahmen auch hier reinkommen mit dem Ziel, nachhaltig und erfolgreich einen Bestand zu sichern, damit haben wir schon einen wesentlichen Fortschritt im Vergleich zu dem, was wir im Moment haben, auf dem Rücken einer Person, einer kleinen Gruppe so etwas vielleicht ein bisschen erhalten zu können, vielleicht noch ein paar Jahre, aber keine wirkliche Sicherheit. Da, denke ich, sind wir mit dem, was wir jetzt haben, 40 : 60, so ist im Moment in etwa unsere Aufteilung – Wenn man einmal anguckt, was der Flächenplan im Moment ausweist, dann ist 40 Bau, 60 Natur ein richtig gutes Ergebnis. Wir hätten es als Bezirk allein vermutlich nicht gestemmt. Ich kann aus Naturschutzsicht nur sagen: Es ist uns dank der guten Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Investor gelungen, hier Wohnnutzung genauso wie die Sicherung dieser wertvollen Naturflächen zu entwickeln. Ausschlaggebend dafür war schon eine frühzeitige, sehr frühe offene Kommunikation und auch ein fairer Umgang miteinander. Ich hoffe sehr, dass dieses Projekt in dieser Art und Weise realisiert werden kann. Wir haben sehr viele Pläne in Bezug auf die Beteiligung aller, also auf das Mitmachen, auf Arbeitsgruppen, die dann die einzelnen Details ausarbeiten. Ich bin mit dem Stand der Dinge, wie er zurzeit ist, ausgesprochen zufrieden.

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Vielen Dank! – Herr Groth, vielleicht können Sie so nett sein, die gestellten Fragen zu beantworten bzw. die Vorstellung von einigen Eckdaten dieses Projekts zu übernehmen.

Klaus Groth (Groth Development GmbH & Co. KG): Herr Vorsitzender! Herr Senator! Meine Damen und Herren! Ich will das sehr gern tun. Danke, dass ich heute Gelegenheit habe, dazu etwas zu sagen. Ich stimme mit Frau Markl-Vieto weitgehend überein, dennoch gibt es im Detail natürlich noch Dinge, die geklärt werden müssen. Wir haben es hier mit 96 Hektar zusammenhängender Fläche zu tun, einem ungewöhnlichen Projekt, bei dem wir uns zumindest beim Erwerb der Verantwortung bewusst waren, eine Verbindung zu schaffen zwischen Wohnen, Leben und Natur. Dies war nie zweifelhaft. Der Bezirk hat ein Gutachten in Auftrag gegeben. Wir haben das bekommen, wir haben das geprüft und eine Stellungnahme dazu abgegeben. Dort sind wir der Meinung, dass einige Dinge sehr viel gefühltes Grün darstellen, gefühlte Dinge auch darstellen, die wir sehr wohl akzeptieren können. Die rechtliche Frage dabei, ob alles so ist, wie es dort im Gutachten steht, die lasse ich außerhalb. Denn wir haben versucht klarzustellen, dass ein großes zusammenhängendes Quartier als Natur erhalten werden soll und haben uns nicht mehr zurückerinnert an die Wettbewerbe, die über dieses Grundstück stattgefunden haben bis zum Jahr 2004 und 2007, die damals die Gesamtbauung noch beinhaltet haben.

Es wird dort niemand verdrängt. Unser Kontakt zu Frau Loba ist gut. Wir haben gestern einen Termin gehabt. Wir werden ein neues Konzept für die Beweidung im Vorwege erarbeiten, bevor wir zum eigentlichen Workshop kommen. Und ich kann nur sagen, die Arbeitsteilung ist in diesen Bereichen da. Der Bezirk hat Wert darauf gelegt, dass der Bereich, der zusammenhängend bleiben soll, abgegrenzt wird, dass wir die Randbebauung dazu haben werden mit einem Volumen, wie es in der Absichtserklärung steht, zwischen 2 200 und 2 700 Wohnungen. Es werden familiengerechte Wohnungen sein, daher die Angabe des Durchschnittswohnungsgröße. Wir haben ähnliche Quartiere gebaut, die Typologien werden von fünf, sechs Geschossen bis Einfamilienhäuser, Reihen- und Doppelhäuser gehen. Wir kriegen dort eine Durchmischung aller Beteiligten. Wir werden dort keinen sozialen Wohnungsbau haben. Das ist meine Meinung, so ist unsere Diskussion bisher im Verwaltungsbereich, aber es wird unterschiedliche Typologien, unterschiedliche Beteiligte geben über die städtischen Gesellschaften, über die Genossenschaften, über Baugruppen, die nicht kommerziell sind. Also ich denke schon, dass wir dort zu einem guten Konzept kommen werden.

Wir haben parallel zu dem Gutachten Natur alle Voruntersuchung der äußeren und der inneren Erschließung durchführen lassen, des Lärmschutzes, alle Dinge, die dazu gehören, um zu einem vernünftigen Workshop kommen zu können. Und ein ganz wichtiger Punkt – Sie haben es eben auch erwähnt –: Sie können ein solches Quartier für 5 000, 6 000 Menschen nicht errichten, ohne die notwendige soziale Infrastruktur sicherzustellen. Dieses werden wir nicht tun – Punkt! Und wir reden nach unserer Kalkulation insgesamt über 68 Millionen Euro. Die müssen jetzt gemeinsam angegangen werden, um zu sehen, ob davon Teile aus dem Haushalt finanzierbar sind oder nicht. Es wird nicht anders gehen: Wir brauchen drei Kitas, die Schule muss erweitert werden. Wir haben in der Lentzeallee bei 64 Wohnungen 98 Kinder, davon 60 Prozent unter fünf Jahren. Das ist ein etwa vergleichbares Quartier, worauf wir hier auch Bezug nehmen. Insofern kann ich nur sagen: Wenn wir dort die Verantwortung übernehmen sollen als Träger – mit dem Senat, mit dem Bezirk – für 5 000 bis 6 000 Menschen, dann muss es ein Quartier sein, das wirklich in sich stimmt – von der Typologie, von der Durchmischung her, von den sozialen und technischen Einrichtungen her, aber auch von der Verbindung zwischen Natur und Wohnen. Liebe Frau Markl-Vieto! Unsere 5 000, 6 000 Leute wollen diese Natur auch nutzen. Insofern haben wir einige Male diskutiert. Es wird in sich geschlossene Flächen geben müssen, aber es wird auch öffentliche Durchwegung geben müssen, vom Abenteuerspielplatz angefangen bis zum – – Denn 560 000 Quadratmeter Natur, meine Damen und Herren, ist schon eine Fläche, in der etwas gemacht werden muss. Ich sage das nur, um auch den Unterschied deutlich zu machen, was unsere Interessen für die Bewohner anbetrifft.

Wir haben jetzt vereinbart, dass wir ein gemeinsames Planungsverfahren einleiten für beide Flächen, dass wir sechs bis acht weltweite Büros beteiligen an den Workshopverfahren, die sind etwa Mitte des nächsten Jahres beendet, und dass wir dann die Zielstellung haben, dass wir Mitte bis Ende 2015 anfangen können mit der Realisierung und dass wir etwa 2019 fertig sind. Das ist der Terminplan, den wir uns gemeinsam auf die Fahnen geschrieben haben. Ob er so geht, werden wir sehen. Aber insgesamt kann ich nur sagen: Ob nun im ökologischen Baubereich oder bei den regenerativen Energien, wir haben Arbeitsgruppen eingesetzt, um diese Dinge jetzt zusammenzutragen und dann in einer Bürgerbeteiligung, einer Bürgerversammlung zu sehen, wie wir denn mit diesen Dingen zurechtkommen können. Das sind in Anbetracht der finanziellen Schwierigkeiten – keine Förderung, es kann nur freifinanziert gehen – Dinge, die wir austarieren müssen. Aber ich denke, wir sind auf dem guten Weg mit

den Beteiligten, und bedanke mich für die bisherige Zusammenarbeit beim Bezirk. Ich bin guter Dinge und der Meinung, dass wir gemeinsam dort zu einem guten Ergebnis kommen. – Vielen Dank!

Dr. Manuel Heide (CDU): Vielen Dank! – Herr Staatssekretär Gothe wollte noch ergänzen?

Staatssekretär Ephraim Gothe (SenStadtUm): Jawohl! – Ich wollte kurz erläutern, inwieweit SenStadtUm in dieses Projekt involviert ist. Es ist natürlich von der Größenordnung her von wohnungspolitischer Bedeutung – dort können um die 2 500 Wohnungen entstehen. Insofern ist das ein richtig großes Projekt für den Berliner Südwesten und von unserer Seite von großem Interesse.

Es ist darüber hinaus wegen der Themen Landschaftsschutz und Artenschutz ein sehr bedeutendes Projekt. Wir finden dieses Projekt, einen großen naturnahen Landschaftspark unter privater Regie zu organisieren, sehr interessant und wegweisend – möglicherweise auch für andere vergleichbare Flächen – und beobachten das mit ganz großem Interesse und Wohlwollen. Insgesamt sind wir gefragt, dann den Flächennutzungsplan anzupassen, wenn das Konzept Formen angenommen hat. Wie Sie wissen, lässt der Flächennutzungsplan im Moment dort noch viel mehr an Bauflächen zu, als sich das jetzt abzeichnet. Wir werden gern den FNP in dem Sinne anpassen, dass wir dann den neuen, naturnahen Landschaftspark auch im FNP entsprechend ausweisen werden.

Ich selbst habe Gespräche mit Stadtrat Schmidt geführt und auch mit der Firma Groth – zusammen und einzeln. Wir verfolgen das Projekt mit großer Aufmerksamkeit, weil es von der Größenordnung her bedeutsam ist. Ich finde es herausragend und vorbildlich, dass, bevor jetzt ein Beschluss für eine Aufstellung eines Bebauungsplans gefasst wird, dieser Letter of Intent zwischen dem Bezirk und der Firma Groth ausgehandelt worden ist, wo eigentlich alle wichtigen Dinge vom Grundsatz her schon geregelt sind. Das ist eine sehr gute Voraussetzung dafür, dass das Bebauungsverfahren dann auch relativ zügig und ohne großes Störfeuer durch komplizierte Debatten entwickelt werden kann. Insofern freue ich mich, dass das Projekt insgesamt auf einem so guten Weg ist.

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Vielen Dank!

Klaus Groth (Groth Development GmbH & Co. KG): Ich habe einen Punkt vergessen: Wir sind mit allen Gewerbetreibenden im Gespräch. Das ist ein besonderes Problem, weil dort eine Verlagerung und Veränderung notwendig wird. Das läuft unter Mitwirkung des Bezirks. Nächste Woche werde wir erneut Gespräche führen. Mit jedem Einzelnen, der dort im Moment seinen Sitz hat, sind wir im Gespräch, um dort gemeinsam mit dem Bezirk und dem Senat Lösungen zu finden.

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Vielen Dank! – Dann zur Fraktionsrunde. Frau Kapek hatte sich gemeldet. – Bitte!

Antje Kapek (GRÜNE): Herzlichen Dank! – Ich möchte mich eingangs auch für das Erscheinen der Gäste bedanken, denn tatsächlich ist das hier keine offizielle Anhörung, und bei mir ist auch keine Anmeldung für eine Anhörung eingegangen. Das wäre vielleicht wünschenswert gewesen, aber dann hätte die entsprechende Fraktion auch den Antrag stellen müssen. Ich habe einen solchen nicht erhalten. Deshalb herzlichen Dank, dass Sie dennoch zu uns gestoßen sind!

Wir haben scheinbar alle in der S-Bahn das eine oder andere gefunden, oder es wurde uns das eine oder andere geflüstert. Nach meinem Kenntnisstand haben wir für das Gebiet einen Bebauungsplan, der ungefähr 8 000 Wohnungen vorsieht, je nachdem, was für eine Dichte man da ansetzt. Aber wenn wir für die ortstypische Umgebung mal von lockerer Einfamilienhausbauweise ausgehen würden, wäre das eine Komplettbebauung des Gebiets. Das ist der bisherige Plan. Dafür gibt es Baurecht. Das heißt, wenn Sie ein ganz böser Investor wären, könnten Sie das auch entsprechend umsetzen.

Insofern ist es ganz interessant, sich noch mal anzugucken, wie die anderen Planungen aussehen. Wenn ich es richtig verstanden habe, dann streben Sie ja eine Änderung des B-Plans an durch einen neuen Aufstellungsbeschluss, bzw. wenn man in den Vorentwurf zum Stadtentwicklungsplan Wohnen schaut, dann ist das einer der Neubaubereiche, die ausgewiesen sind. Hier steht noch, 3 000 Wohnungen seien angedacht für das Areal, Sie sprachen gerade von 2 500. Meine erste Frage ist, ob man sich auf eine bestimmte Zahl geeinigt hat. Es wäre ja wichtig für den weiteren Planungsverlauf, dass man weiß, über welche Zahlen man hier eigentlich spricht.

Es ist relativ unstrittig, dass wir hier über eine kostbare Fläche sprechen. Das hat auch das Gutachten noch mal zum Ausdruck gebracht. Es ist unter dem Aspekt der Artenvielfalt und des Biotopschutzes ein ausgesprochen interessantes Areal, aber gerade in dem Zusammenhang ist es umso wichtiger, auch noch mal zu betonen, wie das geltende Planungsrecht derzeit ist. Wenn wir diese Fläche dauerhaft sichern wollen im Sinne des Artenschutzes, müssen wir uns hier in Verhandlungen begeben. Insofern ist es auf jeden Fall schon ein Gewinn, wenn man von 100 Prozent der Fläche auf 40 Prozent herunterkommt. Ich glaube, dieses Gutachten hatte gesagt, anzustreben sei ein Verhältnis von 30 : 70.

Ich möchte zur Klarstellung sagen: Ich war noch nie da unten. Ich habe zwar lange in Steglitz gewohnt, aber das ist nicht mein Gebiet. Ich kann doch hier im Rahmen einer Ausschusssitzung Fragen stellen, um mir ein besseres Bild davon zu verschaffen. Ich verstehe die Sitzung

so, dass wir heute Gäste haben, damit ich Fragen stellen und besser einschätzen kann, wie dort überhaupt der Planungsstand ist, was angedacht ist und in welche Richtung sich eine künftige politische Ausrichtung entwickeln sollte. So macht man das normalerweise. Ich finde es sehr gut, dass wir ein kooperatives Verfahren haben, das heißt, dass man auf Verhandlungen setzt und offensichtlich alle Partner oder Beteiligten an einen Tisch gerufen werden.

In dem Zusammenhang finde ich die Frage interessant: Wie steht es um den Vertrag mit Frau Loba? Inwieweit sind die Umwelt- und Naturschutzverbände einbezogen? Wie sieht Ihr Kompromiss jetzt aus?

Ich habe eine konkrete Frage an Herrn Groth: Was ist im Rahmen der Finanzierung der sozialen Infrastruktur konkret vorgesehen? Frau Platta hatte es schon angedeutet mit Kitas, Schulen usw. Vielleicht können Sie noch mal genau aufführen, was Sie dann übernehmen würden und in welcher Form Sie sich darauf verständigen würden – Stichwort Vertrag und Ähnliches. Die gleiche Frage habe ich zur Sicherung der Freiflächen. Wird es ein geschlossenes Areal im Sinne eines Landschaftsschutzgebietes oder doch eine Parkfläche? Wie wollen Sie das, was auch immer Sie ausverhandeln, als Ergebnis sichern? Was ist der Zeitplan für das Ganze? Der Vorentwurf für den StEP Wohnen spricht von zwei Kreisen, die 2017 bis 2020 und 2021 bis 2025 angedacht sind. Sie sprachen jetzt von der Fertigstellung bis 2019. Das wäre natürlich ein sehr viel schnellerer Erfolg.

Was ich besonders interessant finde – leider haben wir diese Diskussion über den Stadtentwicklungsplan Wohnen heute nicht geführt –, gerade in den Randgebieten – das haben auch die letzten Ausschusssitzungen, wo wir über Rudow und Marzahn-Hellersdorf und andere Gebiete gesprochen haben, immer gezeigt –, ist die Frage der Dichte. Was ist an dieser Stelle eine angemessene Dichte? 2 500 Wohnungen kann man in lockerer Einfamilienbebauung verteilen, man kann aber auch – gerade vor dem Hintergrund, dass sich angrenzend die sehr dicht bebaute Thermometersiedlung befindet –, dichter bauen – auch der Senator betont ja immer wieder, dass wir eine Dichte-Diskussion brauchen –, und das dann vielleicht zugunsten der Fläche auch sichern, das heißt, lieber kompakter bauen, lieber vielleicht Richtung Bahngleise auch in die Höhe gehen und dafür nicht so stark in die Fläche hinein. Das wäre aus unserer Sicht auf jeden Fall sinnvoll. Ich weiß gar nicht mehr: Dorfblick in Rudow – hatten wir da eine GFZ von 0,4 oder bis zu 0,4? – Das halten wir vor dem Hintergrund der Wohnungsbautätigkeit, die wir in Berlin leisten müssen, und vor dem Hintergrund, dass wir sehr schnell sehr viele neue Wohnungen brauchen, für nicht angemessen. Selbst wenn man sich am Stadtrand befindet, ist auch an dieser Stelle eine sehr viel höhere GFZ zumindest Richtung Bahngleise auf jeden Fall anzustreben.

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Frau Köhne!

Irene Köhne (SPD): Erst einmal vielen Dank für die Berichte und dafür, dass Sie heute alle gekommen sind! Ich finde die Diskussion auch sehr wertvoll. Ich kenne diese Gegend gut, es ist mein Wahlkreis. Insofern bin ich auch eingebunden in diese ganzen Prozesse, die da gelaufen sind, und weiß auch, was die Bürgerinitiative schon gemacht hat und wie der Stand ist. Als letzte Woche dieser Letter of Intent verabschiedet worden ist, haben wir alle mit Erstaunen gesehen, dass das jetzt plötzlich passiert und sicherlich auch im Zusammenhang mit der Besprechung heute steht. Ich fand es sehr interessant, was berichtet worden ist.

Kleine Korrektur für Frau Markl-Vieto: Es ist kein Naturschutzgebiet, sondern, soweit ich weiß, sollte da ein Landschaftsplan aufgestellt werden. Das ist aber noch nicht passiert, sondern es gilt ein uralter B-Plan mit einer sehr dichten Bebauung, der eigentlich eben nicht mehr gilt. Insofern ist es sehr positiv, was sich da jetzt entwickelt hat. Es gibt dieses Gutachten, das sagt, dass ungefähr 27 Hektar problemlos bebaut werden könnten, und gegen eine Randbebauung hat niemand etwas gehabt, auch die Bürgerinitiative nicht. Es ist eben immer nur die Frage, wie man die Breite des Randes definiert.

Man darf dieses ganze Gebiet auch nicht ohne die Umgebung betrachten. Da ist die Thermometersiedlung, was ja schon erwähnt worden ist. Das ist der problematischste Teil im Bezirk Steglitz-Zehlendorf. Wir haben dort die größte Dichte an freien Trägern, und es ist ein sozial sehr angespanntes Gebiet. Da haben wir u. a. – ich weiß nicht, ob Sie das in der Presse verfolgt haben – jetzt einen Politladen aufgemacht mit den vier Parteien, die in der BVV ansässig sind, um einiges aufzufangen, was bei der Bevölkerung gerade so ansteht. Dieser Politladen läuft sehr gut. Sehr viele Bürger wenden sich an uns, auch mit der Thematik: Wie soll die Bebauung in diesem ehemaligen Parkrange-Gelände vorangehen?

Man muss schon schauen: Was baut man dahin? Die Thermometersiedlung hat ungefähr 6 000 Bewohner. Wenn ich jetzt höre, es sollen 2 500 Wohnungen gebaut werden, die 78 qm groß sind, dann kann ich mir ausrechnen, dass noch einmal so viele hinzukommen. Wenn diese Ecke sowieso schon problematisch ist, muss ich darauf achten, was dahinkommt. Wenn jetzt eine Durchmischung angedacht ist, ist es ja gut. Genau das würden wir auch begrüßen. Aber wie ist denn die Durchmischung? Gibt es auch halbwegs preiswerten Wohnungsbau? Könnte man sich vorstellen, dass man mit einem städtebaulichen Vertrag dort vielleicht eine gewisse soziale Bindung vereinbart, dass ein Teil der Mieten deutlich geringer ist und ein Teil dafür höher sein kann, dass diese Dichte auf gar keinen Fall aus 20-Stöckern besteht, wie sie jetzt in der Thermometersiedlung stehen, sondern, wie ich gehört habe, aus Gebäuden mit vier bis fünf Stockwerken – was durchaus akzeptabel wäre –, aber nicht mehr, abflachend in Richtung Grünflächen? Das wäre durchaus positiv. Davon habe ich jetzt noch nichts gehört.

Zum Weideprojekt würde mich interessieren: Ist der Vertrag jetzt gesichert? Das war ja auch noch nicht so ganz sicher. Dieses Projekt ist vom BUND prämiert worden, auch der Bezirk hat eine Bezirksmedaille vergeben. Alle finden dieses Projekt gut. Es wäre wichtig, dass diese Biotope bleiben. Der Allgemeinheit sollte aber schon ein größerer Teil zugänglich sein, denn ich weiß – ich war dort früher mal in der Bezirksverordnetenversammlung –, dass diese Gegend eine Grünunterversorgung hat. Man sollte es nicht glauben, auch Steglitz-Zehlendorf hat grünunterversorgte Gebiete, und genau das ist eines. Das heißt, man braucht auch Naherholung, gerade für die Bewohner, die da leben. Ist das irgendwie geregelt? In dem Letter of Intent ist ja eine Stiftung erwähnt worden. Sollen das die Ausgleichsmittel sein, die da reingehen, oder wie stellt man sich das vor? Gibt es freie Träger, die das irgendwie bewerkstelligen? Auf welchen Zeitraum ist das angesetzt? Es gab ja vor geraumer Zeit mal eine Diskussion, dass man langfristig durchaus mehr Wohnungen bauen will. Bleibt es jetzt wirklich bei diesem maximal 2 700? –, wobei ich mit 2 700 schon ein Problem habe. Wir hatten immer 2 500 als maximale Obergrenze gesehen.

Wenn man jetzt noch mal den Bezirk Steglitz-Zehlendorf sieht: Wir bauen gerade um den U-Bahnhof Onkels Toms Hütte herum ungefähr 1 500 neue Wohnungen. Wenn wir jetzt in dieser Ecke auch noch mal 2 500 Wohnungen bauen, werden nur in Steglitz-Zehlendorf 4 000

neue Wohnungen gebaut. Damit hat allein unser Bezirk 15 Prozent des Ziels von 30 000 Wohnungen erreicht, das man sich gesetzt hat. Aber dann reicht es, denke ich, auch, und man muss da nicht noch höher gehen.

Mich interessiert noch: Wofür sind 68 Millionen Euro, die Sie vorhin angedeutet haben, gedacht? Ist das der gesamte Bauetat? Das kann ich mir gar nicht vorstellen. Vielleicht können Sie das noch mal ausführen. Und wo wir gerade beim Geld sind: Wie ist das mit der Infrastruktur? Allein die Verkehrserschließung ist ja nicht unproblematisch. Zu dieser ganzen Ecke führt die Osdorfer Straße. Die Kreuzung Ostpreußendamm/Osdorfer Straße ist schon relativ problematisch. Wenn man nach Brandenburg geht, ist dort das Güterverteilzentrum Großbeeren, da geht also ein Wahnsinnsverkehr lang. Die Straße ist aber nicht dafür ausgebaut. Wie sind die Vorstellungen der verkehrlichen Erschließung, wer bezahlt das? Die Grundschule, die es da gibt, ist die problematischste im gesamten Bezirk. Die wird nicht reichen für 6 000 Zuzügler. Was ist angedacht hinsichtlich einer zusätzlichen Schulversorgung, Kitaversorgung, allem, was man an Infrastruktur so braucht, und wer bezahlt das? Gibt es da schon Pläne?

Wie die Stiftung konstruiert und angedacht ist, würde mich auch noch interessieren. – Das waren jetzt viele Fragen. Ich finde es sehr schön, dass ausreichend Leute hier sind, die diese Fragen offensichtlich heute beantworten können. – Vielen Dank!

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Ich würde bitten, dass wir erst mal die Fragen sammeln und sie dann im Anschluss beantworten. Ich gucke mal auf die Uhr und bitte, dass Fragen, die bereits gestellt worden sind, nicht wiederholt werden. – Frau Lompscher!

Katrin Lompscher (LINKE): Vielen Dank für die ausführliche Darstellung des Projekts! Ich finde es ein bisschen schwierig, wenn wir jetzt hier im Detail Sachen besprechen wollen, die eigentlich auf bezirklicher Ebene noch weiter bearbeitet werden müssen. Deshalb will ich mich auf ein paar Grundsätze beziehen, u. a. auf das, was Herr Gothe gesagt hat. Er hat sich positiv darauf bezogen, dass in dem Letter of Intent im Prinzip schon alles geregelt sei – was ich erstens nicht besonders positiv fände, denn dann würde Partizipation de facto nicht stattfinden. Zweitens finde ich nicht, dass es so ist, wenn ich den lese. Da stehen Absichtserklärungen drin, das ist auch der Sinn eines Letter of Intent, aber da ist natürlich nicht alles geregelt. Deshalb geht es schon ums Detail, und das wird auf bezirklicher Ebene entschieden. Ich konzentriere mich jetzt auf die Sachen, die uns hier tatsächlich interessieren sollten.

Die erste Frage bezieht sich auf den StEP Wohnen und Lichterfelde Süd. Ich habe zur Kenntnis genommen, dass es ursprünglich die Absicht gab, Lichterfelde Süd mit einem Potenzial von 3 000 Wohnungen in den StEP Wohnen aufzunehmen. Jetzt wurde hier gesagt, 2 200 bis 2 700 sind realistisch. Von dem, was Bürgerinitiativen früher mal vorgetragen haben, habe ich mir gemerkt, dass bis 2 000 als verträglich angesehen werden, wenn ihr Bau nicht auf den falschen Flächen stattfindet. Deshalb die Frage: In welcher Größenordnung wird es in den StEP Wohnen aufgenommen? Dazu die Zusatzfrage an die, die hier vorgetragen haben: Wie sind Sie auf die Flächenaufteilung 39 ha versus 57 ha gekommen, 39 ha Baugebiet, obwohl in den naturschutzfachlichen Gutachten die ominösen 27 ha erwähnt worden sind? Mit einer intelligenten Planung kommt man möglicherweise zu einer Situation – das wäre ja im Sinne aller Beteiligten –, dass naturschutzfachliche Ziele und Wohnungsentwicklung auf diesem Areal miteinander in Einklang gebracht werden können. Das sollte doch wenigstens das Ziel

sein. So habe ich das verstanden. Also ist für mich die Frage: Wie erklären Sie die Diskrepanz zwischen diesen 39 ha Baugebiet, die jetzt in der Absichtserklärung stehen, versus 27 ha, die im Rahmen der naturschutzfachlichen Gutachten für verträglich gehalten werden?

An Herr Groth habe ich die Frage: Sie haben vorgestellt, dass Sie einen Mix von Ein- und Zweifamilienhäusern und fünf- bis sechsgeschossigen Wohngebäuden anstreben. Ich finde es im Übrigen gut und richtig, dass man auch im Bereich der äußeren Stadt unterschiedliche Bauformen hat und auch kleinräumig mixt. Haben Sie in Ihren Entwürfen schon Überlegungen, was für eine Dichte da herauskommt? Mit welchen GFZ und GRZ rechnen Sie aktuell? Natürlich wäre für die Diskussion um soziale Wohnraumversorgung interessant: Was für kalkulierte Mieten und Kaufpreise haben Sie in Ihren jetzigen Überlegungen?

Letzte Frage: Ich habe Sie so verstanden, dass die 68 Millionen Euro, die Sie genannt haben, für die Finanzierung von Infrastruktur vorgesehen sind. Was ist das genau? Gibt es auch Finanzierungsanteile der öffentlichen Hand? Wenn ja, sind die aus der Investitionspauschale, die ein Bezirk bekommt, oder wird es Sonderzuweisungen für Investitionen in Wohnfolgeinfrastruktur geben, weil das aus der Investitionspauschale im Umfang von 3 bis 3,5 Millionen Euro pro Jahr natürlich nicht finanzierbar ist? – Diese Frage geht übrigens an den Senat. – Vielen Dank!

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Herr Magalski, bitte!

Philipp Magalski (PIRATEN): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! Es wurden jetzt schon sehr viele Fragen gestellt, nur noch nicht von jedem. Ich glaube, dass ich mich deswegen relativ kurz fassen kann, auch in Anbetracht der schon fortgeschrittenen Zeit. Vielen Dank an die Ausführenden und einen expliziten Dank an die Kollegin Köhne, die sich dort im Bezirk sehr gut auskennt! Da haben wir jetzt auch noch ein paar Hinweise bekommen.

Frau Bezirksstadträtin Markl-Vieto! Sie sagten, Sie seien auch in guten Gespräche mit der Bürgerinitiative oder mit einer Gruppe gewesen, Sie haben nur nicht gesagt, welche Gruppe das ist. Ist es die Gruppe, die sich dort schon seit Jahren engagiert, das Aktionsbündnis Landschaftspark Lichterfelde, von der Sie gesprochen haben, oder war das jemand anderes? Generell finden wir Piraten es auch ein bisschen schade, dass diese Gruppe hier nicht in der Anhörung sitzt, damit wir auch ein paar Eindrücke von der anderen Seite bekommen könnten und Hinweise darauf, wie die Bürgerschaft vor Ort das Ganze sieht. Es wäre uns wichtig gewesen, dass deren Meinung vor allen Abgeordneten geäußert worden wäre.

Dass der B-Plan mittlerweile aus der Plangewährleistung heraus ist, sollte hier klar sein. Deswegen sind die 8 000 Wohnungen längst nicht mehr spruchreif. 2 000 Wohnungen fänden wir weitaus realistischer, vor allen Dingen, wenn es darum geht, hier noch einen Landschaftspark zu ermöglichen, der zugänglich gemacht wird für die Bevölkerung vor Ort. Da habe ich gerade ein bisschen Widerspruch bei Ihnen beiden gehört. Der eine sagt: Ja, wir möchten hier natürlich für die Berlinerinnen und Berliner die Zugänglichkeit schaffen. – Oder war es so zu verstehen, dass man sagt: Ja, wir machen da zwar eine private Investition für den Landschaftspark, aber Zugänglichkeit wird natürlich für alle gewährleistet? – Insofern ist die Frage, ob das Land Berlin vielleicht auch für einen Teilbereich des Gebiets einen Grundstückstausch veranlassen kann, um bezahlbare Mieten auch für Wohnungsbaugesellschaften des Landes Berlin, die dann dort bauen würden, zu ermöglichen und vielleicht einen sozialen

Austausch dort zu schaffen. Ist das im Kopf der Verwaltung noch drin? Ist es überhaupt möglich, darüber zu verhandeln?

Ansonsten hat Herr Groth ja gesagt, dass er in Verhandlungen mit den Gewerbetreibenden ist. Uns wurde auch zugetragen, dass der eine oder andere Gewerbetreibende jetzt schon gesagt hat, dass er das Gebiet verlassen wird. Inwiefern wird es für sie einen Ausgleich geben oder ein Angebot für diejenigen, die dort bleiben? Das hätte man jetzt auch gern von Gewerbetreibenden gehört. Wahrscheinlich muss man sich noch mal informieren, inwiefern die dort tatsächlich auch vor Ort bleiben können und wollen.

Dann ging es noch darum: Wenn wir dort sehr viele Wohnungen bauen, 3 000, geht es um die schulische Versorgung. Ich kann mir schwer vorstellen, dass, wenn dort hochpreisige Neubauten realisiert werden, die Mieterinnen und Mieter ihre Kinder in die Schulen der Thermometersiedlung schicken. Insofern wäre die Frage, ob wir da auch, was die Infrastruktur im schulischen Bereich angeht, noch nachbessern müssen. Vielleicht kann auch Frau Köhne noch etwas dazu sagen. Ich habe bestimmt wieder was vergessen, was ich später vielleicht noch fragen kann. Danke schön!

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Dr. Altug!

Dr. Turgut Altug (GRÜNE): Ich finde es schade, dass die Fraktion Die Linke bei diesem Besprechungspunkt keine Anhörung angemeldet hat. Dann hätten wir auch die Initiativen anhören können. Mir geht es darum, dass wir hier eine wertvolle Fläche in dieser Stadt haben, die es nicht unbedingt im Übermaß gibt. Daher finde ich es wichtig, dass wir mit dieser Fläche behutsam umgehen. Wir wollen dort keinen offenen Park haben. Hier besteht die Möglichkeit, dass man die Natur erlebbar macht. Wir haben vorhin über das Naturschutzgesetz geredet, auch über die Naturerlebnis- und Naturerfahrungsräume. Ich finde, es ist wichtig, dass man in diesem Bereich auch solche Räume zur Verfügung stellt. Eine Zersiedelung der Freifläche sehen wir kritisch. Im Rahmen der Detailplanung muss auf jeden Fall auf die schützenswerte Flora und Fauna geachtet werden. Wir haben dort Vogelarten wie Mäusebusard, Turmfalke und Wendehals, aber auch viele gefährdete Frosch- und Schmetterlingsarten und Pflanzenarten, die deutschlandweit einmalig sind. Es ist wichtig, dass man diese schützt.

Ich habe zwei kurze Fragen an Frau Markl-Vieto: Können Sie uns bitte darstellen, in welcher Weise die Vorgaben des Schutzgebietkonzepts Lichterfelde Süd des Büros Fugmann Janotta bei den bisherigen Planungen berücksichtigt worden sind?

Meine zweite Frage ist: In der Absichtserklärung ist im Hinblick auf die nicht zu bebauende Fläche von einer naturnahen Parklandschaft die Rede. Könnten Sie uns darstellen, welche Formen der Nutzung hier geplant sind und wie diese mit dem angestrebten Schutz der vorhandenen Biotope und schützenswerten Flora und Fauna auf dem Gelände zu vereinbaren sind? – Danke!

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Herr Friederici!

Oliver Friederici (CDU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Zunächst einmal der Dank an beide Anzuhörende, die hier Rede und Antwort gestanden haben, Ihnen, Frau Markl-Vieto, dafür, dass Sie uns nicht nur zu den Umweltaspekten, sondern auch zu den Stadtentwick-

lungaspekten dieses großen Vorhaben einiges gesagt haben, und Ihnen, Herr Groth – weil das meiner Meinung nach ein bisschen zu kurz gekommen ist –, dafür, dass wir Investoren und Entwickler in dieser Stadt haben. Die fallen ja nicht einfach vom Himmel. Auch dafür herzlichen Dank! Das muss auch mal erwähnt werden.

Ich möchte kurz zu dem, was von der Opposition kritisiert worden ist, kommen. Ich verstehe es auch nicht. Die Linken hätten ja beantragen können, dass wir das als Anhörung machen. Ich habe diesen Ausschuss bislang immer so verstanden, dass hier durchaus Anhörungen durchgeführt werden. Das hätte man eigentlich nur machen müssen. Ich verstehe die Kritik der Opposition nicht so ganz.

Zum Letter of Intent: Ich finde es immer gut, wenn sich Investoren und Arbeitsstellen einigen, worüber man reden kann und was dann auch in die entsprechenden Gremien gebracht wird. – Frau Markl-Vieto, Sie hatten auch vorgetragen, dass das nicht vom Himmel gefallen ist. Soweit ich weiß, beschäftigt sich das Bezirksamt Steglitz – dann Steglitz-Zehlendorf – seit dem Jahr 1994 mit dem gesamten Projekt, und da gibt es eine Vielzahl von Ideen, Möglichkeiten und Ähnlichem. Das war aber bislang alles unverbindlich. Ich bin froh, dass es jetzt zu einer grundsätzlichen Einigung gekommen ist. Das ist doch grundsätzlich erst einmal etwas Gutes.

Wenn wir hören, 8 000 Wohnungen waren ursprünglich geplant, und jetzt bewegen wir uns im Bereich von 2 200, 2 600, 2 700, so, denke ich, ist das auch unterstützenswert. Wir wollen ja alle keine Fortsetzung der Hochhausbebauung der Thermometersiedlung mit den Problemen, die dieser Bereich hat. Wir versuchen ja gerade mit dieser Erweiterung des früheren Parkränge-Geländes, dann auch diese Probleme zu verringern, was ja durchaus möglich ist. Hinzu kommt der Investor, der Entwickler, der sicher auch vereinbart hat, in bestimmten Bereichen Freiräume zu schaffen. Auch das finde ich völlig richtig und in Ordnung. Das weicht nämlich grundsätzlich von dem ab, was bislang immer geplant worden ist.

Sehr vieles ist hier gesagt worden. Ich möchte noch mal hervorheben, dass die Koalition, hier vertreten durch die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umweltschutz, erklärt hat, dass sie das Votum, das der Bezirk sich vornimmt und als am praktikabelsten für dieses Projekt in Lichterfelde Süd ansieht, auch als Grundlinie ihres Handelns zur Änderung ihrer Verfahrensbeschlüsse im Flächennutzungsplan usw. ansehen wird. Ich habe nach der Vielzahl von Fragen, die ich jetzt nicht alle wiederholen möchte, zu Schule und Ähnlichem – es ist auch von Ihnen, Frau Köhne, wunderbar hinterfragt worden, wie man sich das dort vorstellt –, zur sozialen Richtung und Anlaufstellen – das ist alles sehr wichtig –, vielleicht auch zu Sport und Ähnlichem – lediglich noch die Frage an Sie drei, wie es mit der Zeitschiene aussieht. Wann können wir damit rechnen, dass den Worten Taten folgen werden? Wann können wir auch gemäß der Strategie, die wir hier in Berlin als Koalition vereinbart haben, belegbare Ergebnisse vorweisen? Denn diese Koalition steht nach wie vor dafür und nachhaltig dafür, günstigen, soliden Wohnraum zu schaffen, und Lichterfelde Süd ist ein Bestandteil dieser Maßnahme.

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Vielen Dank! – Frau Platta schließt die Redeliste ab.

Marion Platta (LINKE): Noch mal zu dem Punkt, warum Anhörung oder Besprechung: Nachdem wir das als Besprechung angemeldet haben, kam über das Ausschussbüro der Hinweis, dass sowohl der Stadtrat Herr Schmidt und auch Herr Groth anwesend sein werden.

Unsere Intention war, daraus eine echte Anhörung zu machen, und wir haben drei Menschen benannt, die für diese andere Seite, nämlich den Naturschutzbereich, zugeladen werden sollten. Dies ist aber letztendlich über den Ausschussvorsitzenden abgelehnt worden. Also, ich nehme diese Kritik jetzt nicht an, dass wir uns nicht wenigstens bemüht hätten, daraus eine echte Anhörung zu machen. Wir haben uns sehr wohl bemüht. Wir wollten den Landesbeauftragten hier anwesend haben. Wir wollten die Gutachter anwesend haben und natürlich auch die Akteure vor Ort aus dem Aktionsbündnis Lichterfelde-Süd. – Soweit zu dem Punkt, warum es keine echte Anhörung hier heute wird, sondern nur eine halbe.

Trotzdem möchte ich noch meine Fragen loswerden, und zwar würde mich interessieren in Richtung Senat, wie wir jetzt damit umgehen sollen. Sie sagen, es wird ein naturnaher Landschaftspark vorgeschlagen. Nachgewiesenermaßen gibt es dort viele beschützenswerte Arten. Wie kriegen wir also diesen Schutzstatus, über den wir hier jetzt lange reden, über eine halbe Stunde, in diesen wichtigen Bereichen dort untergebracht, weil der naturnahe Landschaftspark mitnichten ein geschütztes Biotop ist oder die FFH-Richtlinie beachtet?

Die andere Frage bezieht sich auf die Erfahrung der Lichterfelder Weidelandschaft, was dort 23 Jahre stattgefunden hat. Wie nutzten Sie die Erfahrungen, die dort gesammelt worden sind, um in anderen Stadtteilen, in anderen Landschaftsschutzgebieten ähnliche Erfolge zu erreichen, um beschützenswerte Arten auch wirklich zu erhalten? Welches Monitoring ziehen Sie aus diesem dort gegebenen Schatz? – Soweit zusätzlich zu den Fragen, die jetzt alle anderen hier schon gestellt haben.

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Dann kommen wir zu den Antworten, und ich darf jetzt auch Herrn Schmidt begrüßen, der zwischenzeitlich eingetroffen ist. Herr Schmidt, wollen Sie zuerst auf die Fragen antworten? Ihre Kollegin war schon so freundlich, uns das Bauvorhaben in Ihrer Abwesenheit relativ umfangreich vorzustellen, sodass ich Sie jetzt bitte, nur noch die Sie betreffenden Fragen zu beantworten.

Bezirksstadtrat Norbert Schmidt (BA Steglitz-Zehlendorf): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich verbinde das auch gleich mit dem Dank an die Kollegin, mich hier vertreten zu haben. – Ich habe zugehört, und ich darf Ihnen sagen, all das, was Sie hier, ob von der Abgeordneten Köhne, der Abgeordneten Lompscher oder auch den anderen vorgetragen wurde, sind genau die Themen – und ich habe den Eindruck, sie sind ziemlich allumfassend auch hier schon einmal aufgerufen worden –, denen wir in den nächsten Jahren nachgehen werden. Na, selbstverständlich! Und es ist meines Erachtens nach wie vor zu früh, hier konkret zu antworten. Wenn Sie in diesem Letter of Intent, diese Absichtserklärung schauen, so notiert sie drei, vier ganz maßgebliche Punkte und sagt, denen müssen und werden wir von der Infrastruktur, ob nun verkehrlich, schulisch usw. nachgehen bis hin zur Nennung einer Zahl von Wohnungen, die sich aus dem großen Spannungsfeld ergeben hat, irgendwie zwischen 500 – das habe ich auch schon mal gehört –, 1 500, 1 600, 2 000, 2 500. Der StEP spricht von 3 000. 300 hat der Bezirk sofort remonstriert, damit das mal klar ist. Ich höre, es gibt eine andere Belastungsstudie, die spricht von 3 900 Wohnungen. Also, irgendwo da mittendrin haben wir versucht, mit einer Spannbreite, die nun auch wieder einige Fachleute für viel zu übertrieben halten, zu sagen, da kann das irgendwo hinlaufen. Mehr tut dieser Letter of Intent an diesem Punkt nicht. Er tut aber etwas, wie ich finde, sehr Wichtiges, dass er an mehreren Stellen sagt, dass natürlich Bürgerbeteiligungsrechte, die sich aus dem B-Planverfahren ergeben, nicht außer Kraft gesetzt werden. Das, was hier vorliegt, ist ja auch

kein städtebaulicher Vertrag, sondern es ist eben eine Absichtserklärung zu drei, vier Punkten. Wenn Sie auf die Weidefläche abstellen, können wir noch Konkretes sagen, aber wir haben beispielsweise, Sie lesen das in der vorletzten Zeile, die Absicht, Teile dieses verbliebenden Grüns auch der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Wie sich das nachher im Konkreten darstellt, das ist am Anfang eines Planungsprozesses, den ich vielleicht um die drei Jahre ansetzen würde, noch nicht klar. Das ist einfach viel zu früh.

Aber ich sage noch einmal: Das, was Sie hier vorgetragen haben, ist genau das, dem wir auch im Bezirk nachgehen. Es ist ja völlig unstrittig, dass es die bezirklichen Vertreter und auch dieser Ausschuss wünschen, regelmäßig über die Fortschritte an dieser Stelle informiert zu werden. Insofern danke ich Ihnen auch für Ihre Interesse an diesem Stück Berlin und diesem Stück Steglitz-Zehlendorf.

Wir wollen anfangen, und am Anfang – das ist nicht unüblich –, erklärt man sich mal in der Absicht, das haben wir getan, mehr auch nicht. Ich hoffe, wir haben, zumindest was die großen Punkte anbelangt, in dieser Absichtserklärung nichts vergessen. Der Rest wird in den Arbeitsgruppen, in den Dialogen mit der BVV usw. zu erörtern und entwickeln sein.

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Vielen Dank, Herr Schmidt! – Frau Stadträtin!

Bezirksstadträtin Christa Markl-Vieto (BA Steglitz-Zehlendorf): Ich würde an der einen oder anderen Stelle versuchen, ein bisschen konkrete Antworten zu geben bezüglich des Landschaftsschutzgebietes, denn jetzt habe ich meinen Part wieder gefunden. Wenn ich Naturschutzgebiet sage, dann meine ich ein Gebiet, dessen Natur geschützt werden muss. Ich weiß, es gibt den Ausdruck auch, aber ich weiß, dass es noch kein und vielleicht niemals ein Naturschutzgebiet wird. Aber es ist auf jeden Fall ein Gebiet mit sehr vielem, was man erhalten muss. Und da glaube ich, sind wir uns alle einig. Wie genau diese, wie es immer heißt, Parklandschaft – ich bin nicht wirklich glücklich mit dem Wort, aber ich glaube, das trifft es am meisten – werden wird, ist ja gerade Inhalt vieler Treffen und Zusammenkünfte vieler Menschen, die sich da einbringen. Wie wir das dann entwickeln, werden wir gemeinsam entscheiden. Wenn ich das heute schon sagen könnte, wäre das exakt das Gegenteil von Bürgerbeteiligung.

Klar sind die Eckpunkte. Klar ist, es wird erhalten werden. Klar ist, die Reitermannschaft Holderhof – wie auch immer, man sie nennen will – wird einen Platz dort drin finden, so sie das möchte, und sie möchte das. Wir werden aber auch Öffnungen haben müssen. Da bin ich ganz bei denen, die sagen: Für die Gegend dort besteht ein Defizit, Frau Köhne hat es erwähnt, aber auch für diejenigen, die da neu hinziehen. Der Kick ist ja, dass man da wirklich in einer Umgebung ist, die sehr nett sein kann, und das ist ja genau der Punkt, den wir erreichen wollen. Weil ehrlich gesagt, nur um es mal ganz kurz anzureißen: Sozialwohnungen stehen jede Menge in der Thermometersiedlung frei. Also, das wäre wahrscheinlich nicht der Plan, und das wäre wahrscheinlich auch nicht der Kick. Es geht drum, diese Gebiete jetzt miteinander zu verschränken. Das wird uns noch sehr viel Arbeit kosten, aber das bekommen wir schon hin.

Für das, was dann entstehen wird, soll es eine Trägerkonstruktion geben. Ob das eine Stiftung wird, ob das ein Verein wird, eine gemeinnützige GmbH, das wissen wir noch nicht. Wir müssen das mit denjenigen, die Initiative zeigen, an der Stelle gemeinsam machen, aber wir

sind offen für alles, was nachhaltig und langfristig ist. Und deswegen vielleicht noch mal zwei, drei Wörter zum Aktionsbündnis: Sie haben einen unwegredbaren Verdienst. Sie haben dieses Gebiet vor einiger Zeit in den Fokus der Öffentlichkeit gebracht. Sie haben sich sehr lange mit diesem Gebiet beschäftigt, aber ich glaube, dieses Gebiet hat es verdient, eine ganz sichere Zukunft zu bekommen, und die bedeutet, es muss geklärt sein, wer kümmert sich drum, nicht nur heute und im nächsten Jahr, sondern auch noch in 10 Jahren, wer finanziert es und wer managt dieses Ganze? Denn ein solches Gebiet, in dem Moment, wo sie es einfach nur so offen lassen – das kann nicht ehrenamtlich passieren. Ich bin ein großer Fan von ehrenamtlicher Arbeit, aber ein solches Gebiet mit dem, was darauf ist, einfach einer ehrenamtlichen Führung zu überlassen, halte ich für nicht adäquat für das, was es dort gibt. Beteiligten jederzeit, aber alleine dort die Regie haben, geht nicht, weil sonst wird das Gebiet seinem Wert nicht gerecht.

Wir haben in dem Letter of Intent nicht alles geregelt. Wir haben Eckpfeiler gesetzt, aber das haben meine Kollegen auch schon mal gesagt. Mehr können wir in diesem Moment auch nicht. Und da steht drin: 2 200 bis 2 500. Damit kann ich leben. Sie haben gefragt: Wie sind Sie von 27 Hektar auf 39 gekommen. Ja, wir haben nicht alles gekriegt, was wir wollten. So einfach ist die Antwort. Wir kriegen nicht alles, weil, wenn der Rand bebaut werden muss, muss das auch wirtschaftlich laufen. Wir müssen ausreichend Fläche zur Verfügung stellen, um auch das sicher zu machen. Sie werden, wenn Sie zwei gegeneinanderlaufende Bedürfnisse haben, in einer Verhandlung niemals 100 Prozent kriegen. Insofern denke ich, damit kann man leben. Ich kann damit leben, und ich finde 60 Prozent ist ein wirklich gutes Ergebnis. Und ich möchte auch sehr drum werben, dass man das auch mal sieht, denn 60 Prozent von dem, was es dort geben wird, gibt es in der ganzen Stadt, und ich würde mal fast behaupten, bundesweit in der Pflege, in der Intensität nicht. Insofern sollte man nicht alle Ergebnisse schlechtreden. Manche sind auch einfach gut, auch wenn sie auf Anhieb vielleicht nicht jeder so sieht.

Wir haben in der Tat noch einen kleinen Konflikt in Bezug auf die Zugänglichkeit. Ich wünsche mir weniger Zugänglichkeit als der Investor, weil ich mehr die Natur in den Raum stelle, und der Investor natürlich mehr drüber wissen möchte, was er seinen künftigen Mietern und Eigentümern versprechen kann, wo sie überall reingehen dürfen. Das werden wir aushalten müssen, und da werden noch handeln müssen. Aber Sie können sich vorstellen, dass wir da auch ordentlich gegenhalten, aber er wird das auch tun, und da müssen wir zusehen, wie wir da hinkommen.

Gewerbe: Meiner Meinung nach ist da der Bürgermeister im erheblichen Maße dran. Wir haben in der Goerzallee so ein kleines Gewerbegebiet. Es gib aber auch Gewerbe in diesem Bereich, wofür ich mir jetzt nicht unbedingt den Arm ausreißen würde, also eine KFZ-Werkstatt – und davon gibt es einige dort –, die kann wahrscheinlich auch an vielen anderen Orten sei. Dafür brauchen wir jetzt nicht ein riesen Gewerbegebiet aufmachen. – Damit will ich es belassen.

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Vielen Dank! – Herr Groth!

Klaus Groth (Groth Development GmbH & Co. KG): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! 100 Prozent wären gegangen, wenn das Land Berlin das Vorkaufsrecht im Juli letzten Jahres ausgeübt hätte. Wo ist das Problem? Wir haben privat erworben, 96 Hektar, und müs-

sen uns jetzt in einem guten Kompromiss – dafür sind wir mitverantwortlich –, dann zu einer vernünftigen Mischung aus Wohnen und Natur bewegen. Und das tun wir gerne; ich sage es noch einmal, aber natürlich müssen beide Seiten dort auch ihre Interessen vertreten.

Ich will nur einige, wenige Anmerkungen machen, soweit sie heute schon konkreter genannt werden können. Wir haben, Frau Lompscher, für die Naturflächen gesagt, es muss eine Institutionalisierung dieser Flächen geben, im Wege einer Trägergesellschaft. Wir haben so etwas mal gemacht im Wege einer Familienstiftung; das wäre natürlich grandios. Aber wir müssen erst einmal die Budgetierung der Erstellung und der späteren Pflege haben, um dann zu sehen, wie kann man dieses tun.

Der wichtigste Punkt war im Moment diese Abgrenzung der Flächen, was geht in die Bebauung hinein und was nicht. Da bin ich sofort bei der Frage der GFZ. Wir haben städtebauliche Untersuchungen von Fachbüros machen lassen, was denn dort angemessen sein kann. Wir liegen zur Bahn hin bei sechs Geschossen zur Staffel. Wir liegen auf der anderen Seite, ich sage bei vier, aber nicht mehr, weil städtebaulich gegenüber den Kleingärten nicht mehr geht. Ich bin kein Fachmann, ich gebe Ihnen diese Ergebnisse so wieder. Wir haben in die Thermometersiedlung in eine Animation hineingebracht, und ich kann nur sagen: Oh, Gott! Dieses wird sich nicht wiederholen. Dennoch haben wir die gewisse Dichte. Aber wenn wir nun mal 2 500 Wohnungen nehmen mal die BGF, dann haben wir irgendwo 300 000 Quadratmeter BGF und auf 96 Hektar bezogen, liegen wir nur noch ein 0,0 noch was. Wenn wir nun die 39 Hektar nehmen, die zugrunde gelegt werden, haben wir eine GFZ von 0,7, und ich meine, die hat in der Abstufung Zwei-/Drei-/Viergeschoss eine Dichte, mit der wir sehr gut leben können, zumal hier natürlich die 56 Hektar, die daran grenzen, nicht vergessen dürfen.

Ich kann zu den Problemen der Thermometersiedlung wenig sagen. Wir haben drei Gespräche geführt. Wir unterstützen Herrn Bischof dort mit einzelnen Aktionen, um dort die Not etwas zu lindern und die Dinge etwas besser zu gestalten, aber insgesamt gesehen bin ich der Meinung, das Problem ist eins der Thermometersiedlung, aber nicht unseres. Es ist aber unsere Nachbarschaft. Und deshalb müssen wir in einem guten Einvernehmen mit dem Eigentümer der Thermometersiedlung für die Bewohnern versuchen, eine Ergänzung zu erreichen. Die Diskussion, will ist Ihnen kurz schildern, damit Sie das wissen. Klar, es ist eine Schule notwendig. Die Berechnungen liegen vor. Ich kann mir sehr gut vorstellen, dass diese Schule im Quartier gebaut wird. Es kann auch sein, dass der Bezirk der Meinung ist, die Schule soll anders ergänzt werden, um zu einer besseren sozialen Vernetzung zu kommen. Wir sind dort offen. Wir wissen, dass wir unsere Beiträge leisten müssen. Nur was Herr Schmidt sagt, ist richtig: Das alles wird nur geregelt werden können, im Rahmen eines umfassenden städtebaulichen Vertrages nicht ohne Senator. Anders wird es nicht gehen, und daher meine ich, wir sind auf einem guten Weg, dahin zu kommen. Die nach den einzelnen Tabellen zu ermittelnden Zahlen bei den unterstellten Bewohnern liegt vor. Die 68 Millionen Euro, die ich genannt habe, sind eine Kalkulation der Fachleute für äußere Erschließung, für die innere Erschließung, für die Schulen, für die Sportstätten, für die Kita und für die Ausgleichsmaßnahmen im Rahmen des Parkes. Also, eine von uns mal ermittelte Zahl, die bisher niemand kannte. Ich will sie nur mal nennen, um zu sagen, welche Dimensionen wir gemeinsam bewältigen müssen. Dass auch das eigentliche Wohngebiet dazu beitragen muss, diese Kosten mitzutragen, das kennen wir, denn sie wissen, wir werden uns immer beteiligen müssen an diese Dinge, und das finde ich auch in Ordnung. Das muss also nur im Rahmen des Gesamten gehen und die Verkaufsweise der Wohnung, Frau Lompscher, die Mieten dürfen nicht zu sehr nach oben

geschoben werden, durch Verlagerung der Kosten für soziale und verkehrstechnische Infrastruktur, aber wir werden es sehen.

Die Gewerbebetriebe sind ein wichtiges Thema. Ich meine, wir sind im guten Gespräch, und ich würde es gar nicht weiter thematisieren. Ich glaube schon, dass wir dort eine vernünftige Lösung finden, und Sie haben Recht: Einzelne möchten auch nicht mehr bleiben. Denn dort, wo sie jetzt sind, können sie nicht bleiben. Wir müssen ein anderes Quartier dafür bilden, und wenn Sie dann die gesetzlichen Bestimmungen nehmen, die wir rechtlich auswerten lassen haben, haben wir keine Chance, im unmittelbaren Wohngebiet einige Betriebe dort, wie die Sägerei, zu erhalten. Es geht nicht. Also müssen wir sehen, aber da sind wir auf einem guten Weg.

Mit dem Bezirk und dem Senat sind wir seit sechs Monaten im Gespräch, und ich finde, wir haben einen hervorragenden Stand erreicht. Von daher sage ich mal, bezogen auf Herrn Schmidt: Laut meinem Terminplan ist am 15. Mai in der BVV der Aufstellungsbeschluss, dann kommt der Workshop, der ist im Frühjahr 2014 zu Ende, dann kommt das Planverfahren, und Mitte 2015 müssten wir startbereit sein – mit Bürgerbeteiligung und allem Drum und Dran. Ob wir es schaffen, kann ich Ihnen nicht sagen, aber ohne klare Zielvorgabe ist ein Objekt mit 800 Millionen Euro nicht zu realisieren. – Danke schön!

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Der Senat wollte noch etwas sagen. – Bitte!

Staatssekretär Ephraim Gothe (SenStadtUm): Ich möchte auch nur einen Aspekt noch einmal aufgreifen, nämlich die der Bebauungsdichte, der Zahl der Wohnungen. Wo kommt die Zahl aus dem StEP eigentlich her? Es ist tatsächlich so gewesen, dass es ältere Konzepte gab mit höheren Wohnungszahlen. Mir ist ein Konzept mit 5 000 Wohnungen bekannt gewesen, und als wir in die ersten Vorgespräche einstiegen, war uns eigentlich ziemlich schnell klar, dass diese 5 000 Wohnungen zu viel sind, und dass es eher zwischen 2 000 und 3 000 liegen wird. Und so ist dann die erste Zahl von 3 000 in den StEP hineingekommen, weil wir im Sinne des Wohnungsneubaus erst einmal von den höheren Zahlen ausgehen wollen. Wir wollen ja gucken, wie viel ist eigentlich auf diesen Flächen insgesamt für Berlin drin. Wenn es jetzt so ist, dass sich ein Einpendeln in der Verhandlung zwischen Bezirk und Investor einstellt und dort etwas zwischen 2 200 und 2 700 abgeschätzt wird, dann ist das überhaupt kein Problem, das wir in der endgültigen Fassung des StEP dann 2 700 reinschreiben. Ich würde da auch eher die obere Kante nehmen, weil wir ja viele Wohnungen haben wollen, und es ist ja auch nicht so, dass das dann eine Vorgabe ist, die irgendwie Gesetzescharakter hätte. Es ist eine Schätzzahl, die nicht dazuführen kann, dass das dann auch letztendlich eingefordert werden könnte. Es ist eine Abschätzung.

Trotzdem ist es mir sehr wichtig zu betonen, dass, wenn dort etwas gebaut wird, das in einer kompakten Bauweise erfolgt und nicht in einer Verstreuerung. Da bin ich ganz bei Frau Kapek und bei Herrn Altug, und das ist ja bei diesem Gebiet auch eine schöne Herausforderung, sich dort ein städtebauliches Konzept auszudenken, das einerseits Rechnung trägt dem schönen S-Bahnhof, den es da zum Glück für die Erschließung gibt, wo ich mir durchaus einen etwas urbaneren Ort vorstellen kann, und das muss dann irgendwie übergehen in eine sinnvolle Rahmung dieses Landschaftsgebietes, und da bin ich dabei, dass man das dann, wenn man es bebaut, eben auch dichter bebaut.

Wichtig ist, dass es im Vorfeld, und da stehen wir jetzt ja offensichtlich, eine Einigung darüber gibt, welche Fläche bebaut werden kann und welche nicht. Das ist jetzt hier ausgeführt worden. 39 Hektar können bebaut werden, 57 Hektar werden Landschaftsgebiet. Bei den Bauflächen kommt es dann drauf an, wie viel dort wirklich zu errichten ist. Auch da will ich gar keine Zahl als Dogma sehen, sondern es ist sinnvoll, dass das getan wird, was vereinbart ist, nämlich, dass man einen städtebaulichen Wettbewerb macht, einen Workshop, wo über eine gute adäquate Lösung für diesen Ort gerungen wird, und wenn dann nachher bei dem ersten Preis eine Wohnungszahl von 2 725 ist, dann soll es das sein. Wenn da drinsteht 2 480, soll es das auch sein. Da kommt es dann nicht auf die genaue Zahl an, sondern es geht darum, einen guten Städtebau für diesen Ort zu formulieren. – Vielen Dank!

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Ich gehe mal jetzt davon aus, dass wir diesen Punkt sowohl an diesem Ort als auch wahrscheinlich noch mehr im Bezirk und den bezirklichen Beteiligungsgremien erörtern werden, sodass wir ihn heute zumindest erst einmal als erledigt erklären können. Ich darf mich bei Ihnen recht herzlich bedanken, dass Sie uns hier Rede und Antwort gestanden haben, und wünsche Ihnen einen folgreichen weiteren Planungsprozess.

Punkt 5 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Zukunft der Stiftung Naturschutz
(auf Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU)

[0082](#)
StadtUm

Vertagt.

Punkt 6 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Artenvielfalt in Gefahr. Was tut der Senat gegen den dramatischen Rückgang der Vogelbestände in Berlin?
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

[0069](#)
StadtUm

Vertagt.

Punkt 7 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.